

Antrag der Fraktionen Bü 90/Grüne und CDU vom 21. Januar 2020 betr. Istanbul-Konvention umsetzen



**B' 90/Die GRÜNEN Stadtverordnetenfraktion
Darmstadt**
Lauteschlägerstr. 38—64289 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/6 14 90, 06151/6 14 01
Mail: fraktion@gruene-darmstadt.de
Internet: www.gruene-darmstadt.de/fraktion

**CDU Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion**
Steubenplatz 12 4—64293 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/171211, 06151/171219
Email: fraktion@cdu-darmstadt.de
Internet: www.cdu-darmstadt.de

Darmstadt 21.01.2020

ANTRAG

Istanbul-Konvention umsetzen

Vorbemerkung: Die Bundesrepublik Deutschland hat die „Istanbul Konvention“ im Jahr 2017 ratifiziert. Dieser Menschenrechtsvertrag ist am 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft getreten und verpflichtet Bund, Länder und Kommunen deren Vorgaben umzusetzen. Dabei geht es nicht um bloße Symptombekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Mädchen und Frauen, sondern um gesellschaftsbezogene Maßnahmen zur Verhütung der Gewalt.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat bewiesen, dass sie diese Verpflichtung ernst nimmt: Im Rahmen des Netzwerk Gewaltschutz wurden die Expertinnen und Experten des allgemeinen und spezialisierten Hilfesystems in die Erarbeitung einer Bestands- und Bedarfsanalyse einbezogen („Darmstädter Modell“). Diese Ergebnisse zeigen, dass die Stadt Darmstadt in Bezug auf viele Vorgaben der Konvention bereits sehr gut aufgestellt ist.

In einigen Bereichen ergeben sich jedoch Verbesserungs- und Entwicklungsbedarfe. Es gilt bestehende Schutzlücken im Hilfesystem zu schließen und passgenaue Hilfsangebote zu etablieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Bestandsbewertung vorzunehmen und auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen für zu ergreifende Maßnahmen zu entwickeln
2. der Stadtverordnetenversammlung zu diesen zu berichten und die so identifizierten notwendigen Maßnahmen in Verantwortung der Kommune in den Zweiten

Gleichstellungsaktionsplan zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ einmünden zu lassen

3. die Fördermittel im Haushalt, die zur Finanzierung von Einrichtungen, Maßnahmen und Projekten zu Gewaltschutz und Unterstützung von Frauen und Mädchen zum Inhalt haben zu identifizieren und zu kennzeichnen.

4. mit dem Land Gespräche aufzunehmen, wie notwendige Mittel zur Sicherung und zum Ausbau von Maßnahmen und Strukturen auch vor dem Vorliegen einer notwendigen bundesweiten Gesamtstrategie zur Verfügung gestellt werden können.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Nicole Frölich
Yücel Akdeniz
(Fraktionsvorsitzende)

Ellen Schüßler
Axel Eppich
(Stadtverordnete)

(Stadtverordnete)

Roland Desch
Alexander Schleith
(Fraktionsvorsitzende)

Dorothee Schmitt
Wilhelm Kins
(Stadtverordnete)

(Stadtverordnete)